



**Die Fraktion von
Bündnis 90 / Die Grünen
im Gemeinderat Donaueschingen**

Donaueschingen, den 14. Januar 2003

Haushaltsrede zur Verabschiedung des Haushalts 2003

Sehr geehrte Damen und Herren,

in unserer letztjährigen Haushaltsrede sprachen wir noch von Kraftakten, als es um die Beschreibung früherer Haushaltsberatungen ging. Mittlerweile erscheint diese Formulierung nicht mehr ganz zutreffend. Richtig müssten die Haushaltsberatungen 2003 wohl eher als Drahtseilakt bezeichnet werden. Diese Einschätzung wollen wir nachfolgend etwas erläutern.

Manch einer ist angesichts der dezimierten kommunalen Projekte sehr schnell bereit, aufgebracht den Zeigefinger nach Berlin zu richten, wenn es um die vermeintlich Schuldigen für die heutige Finanzsituation geht: Dort werden doch die Rahmenbedingungen geschaffen, die Ursache für die kommunale Finanznot sind. Nur dort wird doch permanent das Geld verplempert, wird die Steuer- und Abgabenschraube beharrlich und stets mit allergrösster Freude angezogen. Und zur Abrundung des Ganzen und als Gipfel des Destruktiven stranguliert dann der Bundesfinanzminister noch den kläglichen Rest der kommunalen Finanzhaushalte! Das ist doch alles richtig beschrieben, liebe Kolleginnen und Kollegen?

Dieses Weltbild wird derzeit landauf und landab heruntergebetet. Neben einer kleinen Brise Wahrheit steckt aber vor allem sehr oft eine unaufrichtige Haltung in dieser Argumentation: Dieselben Leute, die permanent nach Steuerentlastungen und dem „schlanken Staat“ rufen, bejammern jetzt (teilweise noch im gleichen Atemzug!) Einnahmeausfälle und kommunale Handlungsunfähigkeit. Nachdem der Standort Deutschland nach jahrelangem Trommelfeuer (Stichworte: unerträgliche Steuerbelastung und angeblich mangelnde internationale Konkurrenzfähigkeit) sturmreif geschossen wurde, nachdem viele Wirtschaftsbereiche schon jahrelang geradezu paradiesische Steuergesetze geniessen (Stichwort: Steuerfreiheit von Veräusserungsgewinnen) wundern sich jetzt genau diese Leute, dass nach den ganzen Steuergeschenken und Entlastungsmassnahmen die öffentlichen Kassen leer sind. Prompt wird dann der Ruf zur Privatisierung von Aufgaben laut, ohne dass eine entsprechend dauerhafte Effizienz der privaten Betreiber nachgewiesen wäre. Hinzu kommt, dass bei fortschreitender Privatisierung die Mitbestimmung von demokratisch gewählten Gremien zwangsläufig stark reduziert wird. Dies ist nicht nur im Krankenhausbereich oder bei den Wasserwerken ein ernstes und viel diskutiertes Thema, sondern betrifft die meisten Bereiche der Daseinsvorsorge.

Dennoch wird unverdrossen weiter agitiert: Ohne beispielsweise zu bedenken, dass der Rentenbeitragssatz seit 1998 kontinuierlich gesunken ist, wird ständig über steigende Lohnnebenkosten geklagt. Die Steuerlast der Industrie sei zu hoch, verkünden uns deren Verbandssprecher und verschweigen das von über 10 Milliarden € pro Jahr auf „Null und Nichts“ geschmolzene Aufkommen an Körperschaftssteuer. Für die „betroffenen“ Unternehmen ist diese Regelung gleichbedeutend mit der grössten Steuerentlastung seit Bestehen Deutschlands.

Wischt man derartiges Lamento und die permanente Wahlkampfretorik mal zur Seite, sind jedoch neben einem nachlassenden Wirtschaftswachstum auch systematische Probleme für die Kommu-

nalhaushalte zu erkennen: Wie sollen beispielsweise bei sinkenden Einnahmen dauerhaft ansteigende Ausgaben finanziert werden? Oder warum werden den kommunalen Haushalten von Landes- und Bundesebene immer mehr Aufgaben übertragen, ohne dafür entsprechend Finanzmittel bereitzustellen? Wir erwarten deshalb mit Ungeduld die Reform der Gemeindefinanzierung und die konsequente Anwendung des Konnexitätsprinzips.

Dennoch steht für uns zweifellos fest, dass auch die Kommunen selbst gefordert sind, um die schwierige Situation aktiv zu meistern und den Spagat zwischen sinkenden Einnahmen und steigenden Ausgaben zu bestehen. Personalreduzierung oder die radikale Beschneidung von Einzel-etats werden dabei von manchen Gemeinderatskollegen gerne als Patentrezepte formuliert. Die Diskussion um eine forcierte Personalreduzierung erwies sich aber zuletzt als echter Boomerang für die Antragsteller: Angesichts engagierter Mitarbeiter wäre dies nur mit einem Abbau von städtischen Leistungen möglich gewesen. Und dazu fanden sich dann doch keine Mehrheiten im Gemeinderat. Trotz solcher Lichtblicke treibt die Sparwut im Personalbereich aber immer wieder seltsame Blüten: Selbst in Bereichen, in denen sich ein vermehrter Personaleinsatz gut rechnen würde (beispielsweise durch die Einsparung von Sachmitteln oder durch die Vergabe von weniger Fremdaufträgen), tut sich die Mehrheit des Gemeinderats äusserst schwer damit: Derartige Massnahmen werden von vielen unserer Ratskolleginnen und Ratskollegen abgelehnt, weil ein erhöhter Personaleinsatz in öffentlichen Einrichtungen „nicht zeitgemäss“ erscheint. Die Ideologie wird dabei ganz offenkundig vor die Haushaltskonsolidierung gestellt. Selbst detailliert dargelegte Einsparungsmöglichkeiten werden dann schlicht und einfach in Zweifel gezogen. Motto: Es kann nicht sein, was nicht sein darf!

Ein anderer aufschlussreicher Punkt sind die pauschalen Kürzungsansätze und mehr noch der Verschiebeparkplatz ganzer Haushaltsseiten auf die kommenden Jahre. Man kann ohne Übertreibung sagen, dass bei den diesjährigen Haushaltsdiskussionen rigoros und ohne lange zu fackeln der Rotstift angesetzt wurde. Zudem wurden Kategorien und Prioritäten wie „notwendig“ oder „unbedingt notwendig“ gebildet. Damit sollten zum einen Mittel im Verwaltungshaushalt eingespart werden, um überhaupt eine Zuführung zum Vermögenshaushalt zustande zu bringen. Zum anderen sollte durch die Kategoriebildung und durch die Verschiebung vieler Investitionen in die Zukunft mehr Spielraum im Vermögenshaushalt 2003 gewonnen werden. Die Verwaltung liess während den Haushaltsberatungen sogar über die Prioritätenliste (d.h. den „Wunschzettel des Gemeinderats“) ein zweites Mal abstimmen. Wohl auch in der Hoffnung, geliebten Projekten wie dem Rathaus-[1]-Anbau damit wieder etwas Auftrieb geben zu können. Dieser war bei der ersten Abstimmung nur in Kategorie 3 gekommen. Aber Hoffnung allein reicht eben nicht aus und so kam der Rathausanbau auch beim zweiten mal nur wieder auf einen der hinteren Plätze der „Hitliste“.

Abgesehen von solchen taktischen Schachzügen stehen wir selbstverständlich zum Prinzip, Schwerpunkte zu setzen und sich bei knapper Kasse auf die wirklich notwendigen Massnahmen zu beschränken. Bei allen Sparmassnahmen sollte unseres Erachtens aber auch immer die Zielrichtung klar erkennbar bleiben. Oder in Frageform formuliert: Mit welchem Ziel sparen wir eigentlich so fleissig? Hier lohnt sich ein kurzer Blick auf die Ausgangszahlen für unsere diesjährigen Beratungen. Am Anfang des Jahres 2002 hatten wir noch ca. 5,4 Millionen € in der Rücklage und Ende 2002 waren es immerhin noch ca. 2,6 Millionen €. Hinzu kommt, dass der Eigenbetrieb Abwasser der Stadt noch ca. 8,5 Millionen € schuldet. Obwohl die Rücklagen damit deutlich abgeschmolzen sind, handelt es sich insgesamt doch um ein schönes Finanzpolster.

Warum also der Hickhack um jeden Cent, warum die sonst schier undenkbare Verschiebung von Strassenbauprojekten und anderen bisherigen Wunschvorhaben der Gemeinderatsmehrheit? Die Antwort ist einfach: Das ehrgeizige Ziel der Donauhallerweiterung überschattet die komplette Finanzdiskussion. Noch hält die Mehrheit des Gemeinderats an dem sehr hoch gesteckten Ziel fest. Der richtige Start für das Projekt wurde zwar zunächst noch verschoben. Aber es bestehen keinerlei Zweifel, dass es viele hier im Gremium wirklich ernst mit der Realisierung des Megaprojekts meinen. Angesichts der jetzt schon absehbaren Gesamtkosten in Höhe von mehr als 10 Millionen € - das ist das achtzigfache der diesjährigen Zuführungsrate zum Vermögenshaushalt - sind wir wirklich auf den grossen Zauberlehrling gespannt, der schon bald die vielen Millionen aus dem Hut zaubern wird. Schaut man sich den überarbeiteten Haushaltsentwurf jetzt an, bewahrheitet

sich das, was wir in unserer letzten Haushaltsrede bereits in den Raum gestellt haben: Das Festhalten an einer nicht bezahlbaren Donauhallerweiterung wird vielen kleinen und nützlichen Projekten den finanziellen Nährboden entziehen. Das wird und muss selbstverständlich auch weiterhin unsere energische Opposition finden.

Zu den nützlichen (mittlerweile aber fast vollständig zu Fall gebrachten) Projekten zählen wir beispielsweise den Stadtbuss. Viele Knüppel wurden diesem Projekt im Laufe der Jahre zwischen die Achsen geworfen. Andererseits sind wir schon jetzt gespannt, wann das nächste Bauprojekt für eine kommunale Tiefgarage oder weitere öffentliche Parkplätze auf die Tagesordnung des Gemeinderats kommen werden! Da erscheint es nur folgerichtig, dass die Gemeinderatsmehrheit auch erneut die Parkraumbewirtschaftung abgelehnt hat, was einen Einnahmeverlust in sechsstelliger Eurohöhe bedeutet.

Womit wir bereits beim nächsten Beispiel und einem weiteren bedeutenden Verzicht auf kommunale Einnahmen wären. Wirtschaftsförderung und damit zumindest die mittelfristige Verbesserung der kommunalen Einnahmenseite sollte unter anderem darin bestehen, Investitionsanreize zu schaffen. Eine drastische Absenkung der Preise für gewerbliches Bauland kann dabei nur das allerletzte Mittel sein, was jedoch leider mittlerweile auch in Donaueschingen praktiziert wird. Nach vielen Diskussionen sind wir der Überzeugung, dass die kommunalen Spielräume bei aufkommensneutralen Lösungen noch lange nicht ausgeschöpft sind. Vor diesem Hintergrund werden wir beispielsweise das Modell der flächenabhängig progressiven Baulandpreise auch für den Gewerbebereich nochmals zur Diskussion stellen. Wir sind uns sicher, dass wir mit diesem Instrument einen wichtigen Beitrag zur Förderung von Klein- und mittelständischen Betrieben leisten und gleichzeitig den dramatischen und grösstenteils unsinnigen Flächenverbrauch wirksam reduzieren können. Dies gilt selbstverständlich auch für einen entsprechend progressiv gestalteten Verkaufspreis bei grossen Grundstücken zur Wohnbebauung. Bauwillige mit geringen Ansprüchen an die Grundstücksgrösse haben bei unserem Konzept eine deutlich bessere Möglichkeit zum Erwerb von Wohneigentum. Hinzu kommt, dass das derzeit nicht gerade prosperierende Baugewerbe bei einer derartigen Grundstücks politik eine reale Chance auf zusätzliche Aufträge bekommen würde.

Parkgebühren und Baulandpreise sind jedoch nur zwei der herausragenden Punkte, wo aus unserer Sicht bei den kommunalen Einnahmen dringend umgesteuert werden muss. Daneben gibt es eine Reihe weiterer notwendiger Schritte zur Verbesserung der Einnahmesituation. Exemplarisch für die eher ergänzenden Massnahmen möchten wir hierbei die weitere Anhebung der Grabgebühren bis hin zur vollen Kostendeckung nennen.

Bei den kommunalen Ausgaben sind im vergangenen Jahr zwei Projekte sehr negativ aufgefallen: Der Neubau der Erich-Kästner Turnhalle und die Sanierung der Eisenbahnbrücke haben durch lange Diskussionen und mehr noch durch ständige Kostensteigerungen für viel Unmut und Ärger gesorgt. Obwohl die Grundsatzentscheidung in beiden Fällen richtig war, müssen aus dem negativen Verlauf der beiden Projekte Konsequenzen gezogen werden. Als eine Schwachstelle haben wir dabei die ungenügende Bauvorbereitung identifiziert. Bei der Eisenbahnbrücke waren dies die mangelhafte Kenntnis über die bleihaltige Beschichtung sowie eine erstaunlich weitgehende Ahnungslosigkeit bezüglich der Materialeigenschaften (speziell bezüglich der Schweisseignung). Diese Punkte führten neben anderen Schwachstellen dazu, dass sich die Sanierung verzögerte und durch die Verlängerung der Bauzeit dann weitere Nachforderungen der beauftragten Firma (z.B. für die Beheizung der Einhausung) entstanden. Bei der Erich-Kästner Turnhalle lagen die Probleme unter anderem in den ungenügenden Kenntnissen bezüglich der Baugrundeigenschaften, was zu teuren nachträglichen Umplanungen führte. Da eine Haushaltsrede nicht der Ort sein kann, technische Diskussionen zu führen, beschränken wir uns an dieser Stelle auf die Forderung, dass zukünftig entsprechende Grossprojekte gründlicher vorbereitet und technisch noch besser abgesichert sein müssen. Und was speziell den Neubau der Eisenbahnbrücke betrifft, werden wir selbstverständlich darauf achten, dass die veranschlagten Neubaukosten eingehalten und die bereits im Rahmen der Sanierung erbrachten Vorleistungen bei der Abrechnung der Neubaukosten entsprechend berücksichtigt werden.

Wir wollen mit den bisher aufgelisteten Punkten keinesfalls den Eindruck erwecken, dass wir die Lösung sämtlicher Probleme nur im verbesserten Einsatz städtischer Finanzmittel sehen: Bei-

spielsweise begrüßen wir die im letzten Jahr gefallene Entscheidung zur Versorgung des Baugebietes „Bühlstrasse“ mit Nahwärme, was vollkommen ohne städtische Investitionen möglich wird. Ein anderes Beispiel sind die Bemühungen der Verwaltung, den weiteren Ausbau der Mobilfunk-Basisstationen so zu koordinieren, dass die elektromagnetische Belastung für die angrenzende Wohnbevölkerung minimiert wird. Diese zwei Beispiele bringen gut zum Ausdruck, dass es in vielen Bereichen vorrangig darum gehen muss, intelligente Lösungen auf den Weg zu bringen. Um derartige Verbesserungen zu erreichen, geht es oftmals mehr um vorausschauende und geschickte Koordination als um städtische Investitionen.

Dennoch wird man ohne ausreichende städtische Haushaltsmittel in vielen anderen Bereichen schnell an Grenzen kommen: Stellvertretend für solche Felder möchten wir die Bereiche Kulturmanagement, Schul-, Bildungs- und Jugendarbeit nennen, wo ohne städtische Finanzmittel kaum ausreichende Handlungsspielräume bestehen würden. Wir möchten der Verwaltung und auch unseren Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat ausdrücklich dafür danken, dass es bisher gelungen ist, in diesen Bereichen fast immer einen kommunalpolitischen Konsens herzustellen und radikale Einschnitte zu vermeiden.

Zuletzt vielleicht noch eine Anmerkung zu einem echten städtischen Langzeitprojekt: Weitaus langfristiger als beispielsweise in der Bildungspolitik und damit weit über eine Generation hinaus müssen wir bei der kommunalen Forstwirtschaft planen. Dabei geht es nicht nur um Ökonomie, sondern in einem sehr hohen Mass auch um Ökologie. Angesichts der wiederholt eingetretenen Wald- und Sturmschäden und aufgrund des hohen Kapitalbedarfs beim notwendigen Umbau des Stadtwalds müssen wir uns vermutlich noch mehr als bisher von der Vorstellung verabschieden, hier permanent eine sprudelnde Geldquelle zu haben. Im Zweifelsfall wird sich unsere Fraktion deshalb dafür einsetzen, den Anteil an Mischwald und auch an widerstandsfähigem Dauerwald konsequent zu erhöhen. Dies gilt aus heutiger Sicht selbst dann, wenn über Jahre hinweg kein positiver Finanzbeitrag des Forsts zum städtischen Haushalt mehr möglich sein sollte.

Und wie wollen wir solche Vorstellungen bei der Knappheit der Haushaltsmittel finanzieren? Damit wären wir wieder bei unserem Bild vom „Drahtseilakt“ vom Anfang der Haushaltsrede angelangt: Unsere Fraktion wird keine 10 Millionen € in eine Donauhallerweiterung stecken. Wir werden uns nicht auf dieses dünne Seil ohne Netz und doppelten Boden vorwagen, wo es dann nur noch einen Weg geben wird: Immer weiter nach vorne! Vielleicht mit kräftigem Applaus von der Szene, aber viel wahrscheinlicher auch mit einem richtig heftigen Absturz!

Bisher waren wir als Gemeinderatsgremium echte Zehnkämpfer und haben alle wesentlichen Kommunaldisziplinen gleichermassen beherrscht. Bei Realisierung der Donauhallerweiterung wird der Gemeinderat zukünftig im besten Fall noch ein Seiltänzer sein, der vor der alljährlichen Betriebskostenabrechnung der erweiterten Donauhalle dann jeweils einen finanziellen Salto mortale hinlegen muss.

Meine Damen und Herren, der Haushalt 2003 hat aus unserer Sicht deutliche Mängel: Gravierende Versäumnisse bei den Einnahmen (Preispolitik bei städtischen Grundstücken, wiederholt abgelehnte Parkgebühren etc.) und rigorose Streichaktionen u.a. bei nachhaltigen Zukunftsprojekten (Stadtbus) zugunsten eines vollkommen unangemessenen Donauhallenprojekts.

Wir lehnen den Haushalt 2003 ab.

Abschliessend möchten wir an dieser Stelle allen Mitarbeitern der Stadt recht herzlich unseren Dank aussprechen.

Michael Blaurock
für die Fraktion von Bündnis 90 / Die Grünen